

## **Kritik des gegenwärtigen Ausnahmezustandes - Erklärung der Fachschaftsräte der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften**

Die gewaltsame Räumung des besetzten Casinos, Polizeipatrouillen auf dem Campus, Ausweiskontrollen am House of Finance, die zeitweise Schließung von bzw. Beschränkung des Zugangs zu zentralen Gebäuden auf den Campi Bockenheim und IG-Farben weisen auf einen Paradigmenwechsel des Präsidiums im Umgang mit den Angehörigen der Universität hin. Fortan gelten alle Studierenden als potenziell kriminelle, gefährliche Subjekte, deren Überwachung und Kontrolle nicht einmal mehr der Rechtfertigung bedarf. Der präsidialangeordnete Ausnahmezustand ist an unserer Uni zur Normalität geworden. Diese Entwicklung stellt in unseren Augen den eigentlichen Skandal dar. Dieser droht in der gegenwärtig in der Presse vorherrschenden Kontroverse um einen angemessenen Umgang mit Universitätsräumen unterzugehen.

Der Vandalismusvorwurf wird für das Präsidium zum Vorwand, sich nicht mit der berechtigten inhaltlichen Kritik der Studierenden auseinanderzusetzen und ihre weitere Entwicklung zu behindern. Müller-Esterls vermeintliches Verständnis und Gesprächsbereitschaft sind Bestandteil einer geschickten PR-Strategie, die das Präsidium seit dem Tag seines Amtsantritts verfolgt: Kritik hat nur unter seinen Bedingungen stattzufinden. Die „Dialogoffensive“ beschränkt sich auf eine reine mediale Selbstinszenierung; von einer tatsächlichen studentischen Mitbestimmung kann keine Rede sein. Es ist bezeichnend für das Selbstverständnis des Präsidiums, dass die Kooperation mit der Polizei offenbar blendend funktioniert, während die eigenen Studierenden und Lehrenden in einer Situation wie am vergangenen Mittwochabend als Kommunikationspartner\_innen überhaupt nicht ernst genommen werden.

Als in einem demokratischen Prozess gewählte Fachschaftsräte der Fachbereiche 03 und 04 sehen wir uns als Vertreterinnen und Vertreter studentischer Interessen. Diese sind nicht deckungsgleich mit denen des Präsidiums. Gegen die Studierenden und Lehrenden, die zum Zeitpunkt der Räumung im Casino geblieben sind, um an einem Seminar teilzunehmen, wurde auf ihrem eigenen Campus Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet. Das Präsidium droht mit der Exmatrikulation der geräumten Studierenden – eine schamlose Ausnutzung formal abgesicherter Machtasymmetrien. Sich mit einem Präsidium, das sich in solcher Weise zu seinen Studierenden verhält, zu solidarisieren und es unter den gegebenen Bedingungen als Gesprächspartner anzuerkennen, kommt einem politischen Selbstmord gleich.

Eine der Absurditäten der letzten Woche ist, dass der Präsident den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), dessen Standpunkte er sonst getrost ignoriert, nun plötzlich zur Verantwortung für die Besetzung ziehen will. Es zeugt vom absoluten Unverständnis des Präsidenten für basisdemokratische Prozesse, mit der seine eigene Ernennung freilich auch nicht viel zu tun hat, den AStA zur Speerspitze der Proteste zu machen, nur weil ein Sündenbock gesucht wird. Ein breiter Protest wie der, der die letzte Woche zur Zeit und das Casino zum Ort einer kritischen Auseinandersetzung mit den Bedingungen unserer Bildung machte, hat nichts mit den politischen Prozessen zu tun, wie sie das Präsidium aus eigener Erfahrung kennt. Der Entwicklung hin zu einer Präsidialdiktatur an unserer Hochschule, wie wir sie vermehrt in unserer alltäglichen Arbeit in den Gremien des Fachbereichs - etwa in Gestalt von Eingriffen in Berufungskommissionen - zu spüren bekommen, ist mit aller Vehemenz entgegenzutreten. Dies ist insbesondere angesichts der Ereignisse der letzten Tage deutlich geworden. Sie zeigen, dass die Proteste berechtigt und notwendig sind.

Wir fordern das Präsidium dazu auf, umgehend sämtliche Strafanzeigen gegen die von der Räumung unmittelbar betroffenen Lehrenden und Studierenden sowie die Drohung der Zwangsexmatrikulation gegenüber den Studierenden zurückzunehmen und auch von sonstigen Einschüchterungsmaßnahmen abzusehen. Die Anordnung der Räumung war unverantwortlich und wird von uns aufs Schärfste verurteilt. Der Forderung des AStAs nach dem Rücktritt des Präsidiums schließen wir uns daher an. Wir ermutigen die Studierenden ausdrücklich, sich weiterhin in die inhaltlichen Auseinandersetzungen und in Aktionen im Rahmen der Proteste einzubringen.

*Die Fachschaftsräte der Fachbereiche Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften*